

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES VERWALTUNGS- UND BAUAUSSCHUSSES AM 25.06.2013

Sitzungsdatum: Dienstag, den 25.06.2013
Beginn: 17.00 Uhr
Ende: 18.40 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

ab Ziffer 1.3

bis Ziffer 1.3, in Vertretung für Stadtrat
Thomas Rank

Stadtrat Hugo Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Astrid Glos

2. Bürgermeister Klaus Heisel

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Friedrich Haag

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Steinruck

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadtrat Jens Pauluhn

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Hans Schardt

Schriftführer

Inspektor Ernst Felbinger

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Teil Amt 3

Teil Amt 6

Berichterstatter

Bauingenieur Oliver Graumann

Stadtplaner Christian Pohl

Tiefbautechniker Matthias Volkamer

Verwaltungsrat Georg Schwarz

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Manuel Müller

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Verwaltungs- und Bauausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Verwaltungs- und Bauausschuss ist somit beschlussfähig.

1. **Bauangelegenheiten**

1.1. **BGV-Nr. 205/2011, Neubau Einfamilienhaus mit Garage, Bereich östlich "Unterer See"**

Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und verlässt ohne Aufforderung den Sitzungssaal.

Stadtplaner Pohl geht ausführlich auf den Sachverhalt ein und stellt die Historie des Bauantrages dar. Nachdem die Fläche im Außenbereich liege und der Flächennutzungsplan entgegenstehe, ist das Vorhaben abzulehnen. Unabhängig davon habe man bei verschiedenen Behörden bereits eine Stellungnahme eingeholt, die sich allesamt aus deren Sichtweisen gegen das Vorhaben aussprechen. Lediglich die Fachstelle für Wasserwirtschaft im Landratsamt Kitzingen könne keine abschließende Aussage treffen, da eine Berechnung zum Retentionsraum noch nicht vorliege.

Stadtrat Steinruck möchte wissen, wer die Festlegung treffe, was Innen- bzw. Außenbereich ist und ist der Auffassung, dass das die Entscheidung des Stadtrates sei.

Stadtplaner Pohl erklärt, dass die Einstufung des Gebietes keine Entscheidung eines Gremiums sei, sondern sich dies auch aus der Rechtsprechung ergebe. Die Festlegung, ob die Einstufung nach Innen- bzw. Außenbereich erfolge, müsse letztlich von einem Gericht festgelegt werden.

Stadtrat Schardt gibt zu bedenken, dass man das die Angelegenheit nicht strikt ablehnen dürfe und verweist auf Vorschläge von verschiedenen Büros, welche Möglichkeiten man mit Blick auf die Hochwassersituation habe. Seiner Auffassung nach sollte die Thematik im Stadtentwicklungsbeirat behandelt werden, welche Alternativen es noch gebe.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass es nicht darum gehe, was die Stadt wolle oder nicht, sondern was derzeit rechtlich möglich sei. Auf Grundlage der Gesetze (Außenbereich) könne gegenwärtig keine andere Entscheidung getroffen werden. Ein Bauleitplanverfahren würde stets an der Hochwasserproblematik scheitern, so dass Bauvorhaben in Etwashausen ausschließlich nach Art 34 BauGB zu beurteilen sind.

Stadtrat Weiglein verweist auf die Idee, im Rahmen der Gartenschau eine Gärtnersiedlung an dieser Stelle umzusetzen, was von Seiten der Gärtner jedoch nicht gewollt war. Aufgrund der Rechtslage ist das Vorhaben abzulehnen.

Stadträtin Wallrapp verweist auf die Aussage der Fachstelle Wasserwirtschaft,

die noch keine abschließende Stellungnahme abgeben konnte, nachdem noch keine Berechnung zum Retentionsraum vorliege. Sie möchte wissen, ob das Vorhaben bei Vorliegen einer positiven Stellungnahme genehmigungsfähig sei.

Stadtplaner Pohl widerspricht, dass ein Vorhaben dann nur aus Sicht der Wasserwirtschaft unbedenklich sei, eine Genehmigung gleichwohl an den fehlenden baurechtlichen Voraussetzungen scheitern würde.

Stadtplaner Pauluhn ist der Auffassung, dass der aktuelle Rahmenplan die möglichen Bauflächen nach Art. 34 BauGB aufzeige, weshalb seiner Auffassung nach der vorliegende Antrag abzulehnen sei.

Stadtrat Schardt verweist auf zwei Häuser, die in der Flugplatzstraße bzw. der Berlinggasse gebaut wurden, ohne dass der Verwaltungs- und Bauausschuss hierüber informiert worden wäre.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass beide Vorhaben nach Art. 34 BauGB zu beurteilen waren und deshalb trotz Lage im Überschwemmungsgebiet Genehmigungsfähig waren. Gleichwohl haben bei Vorhabensträger entsprechenden Retentionsraum nachweisen müssen.

beschlossen dafür 7 dagegen 4

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss lehnt das Vorhaben ab.

1.2. BGV-Nr. 197/2011, Neubau Einfamilienhaus mit Garage, Bereich östlich "Unterer See"

beschlossen dafür 7 dagegen 4

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss lehnt das Vorhaben ab.

1.3. Fastnachtmuseum Umgestaltung des Fußwegbereichs und Querung der Luitpoldstraße

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Sitzungsvorlage und geht auf die Veränderungen im Bereich des Fastnachtmuseum ein.

Bauamtsleiter Graumann ergänzt, dass die drei Parkplätze vor dem Museum entfernt werden sollen und dadurch eine größere Aufstellfläche vor dem Museum entstehen könnte.

Darüber hinaus soll eine Überquerungshilfe im Bereich des Museums geschaffen werden. Er verweist auf die Darstellung auf dem Plan, die gegenwärtig auch den Bereich vor dem ehem. Schlecker umfasst. Er bittet um Beschlussfassung, dass grundsätzlich Einvernehmen mit der Änderung besteht, auch wenn im Detail (insbesondere der Überweg) noch entsprechend geplant werden müsste.

Stadtrat Weiglein möchte wissen, an welcher Stelle die Parkplätze ersetzt werden, worauf Bauamtsleiter Graumann antwortet, dass der Königsplatz in Zukunft ebenfalls umgestaltet werden könnte und die Parkflächen im Zusammenhang

dessen entstehen könnten.

Auf die Bedenken von Stadtrat Weiglein, dass mit der Maßnahme nun einer möglichen Umsetzung im Verkehrsentwicklungsplan vorgegriffen werde, erläutert Bauamtsleiter Graumann, dass eine Umsetzung der Querungshilfe einer späteren Umgestaltung des Königsplatzes, was der Verkehrsentwicklungsplan auch vorsehe, nicht entgegenstehe.

Stadträtin Wallrapp gibt ihre Zustimmung zum geplanten Vorgehen und ist der Auffassung, dass sogar ein Parkplatz vor der Mainpost wegfallen müsste, nachdem dieser den Überweg behindert würde. Den Bereich vor dem ehem. Schleckner würde sie gegenwärtig nicht antasten.

Stadtrat Pauluhn spricht sich gegen die benannte Lösung aus und verweist auf die ohnehin schlechte Parksituation in der Luitpoldstraße. Seiner Auffassung nach sein ein Platz vor dem Museum nicht nötig, nachdem man sich beispielsweise auch in der Schweizer Gasse treffen könne. Er spricht sich für eine große Lösung aus, wenn der gesamte Gebietsumfang um den Königsplatz angegangen werde.

Stadtrat Rank und Stadträtin Glos sprechen sich ebenfalls für die Umsetzung der großen Lösung aus.

Stadtrat Schmidt kann dem Vorschlag ebenfalls zustimmen und verweist auf eine erhebliche Verbesserung an dieser Stelle. Hinsichtlich der Parkplätze verweist er die vielen freien Leerstände in den Parkhäusern.

Stadtrat Pauluhn bittet um Prüfung, ob im Bereich der Schweizer Gasse die Längsparkplätze in Schrägparker umgewandelt werden könnten, nachdem man hiermit weitere Parkplätze gewinnen könne.

Abschließend weist Bauamtsleiter Graumann darauf hin, dass der Vorschlag der Verwaltung zweigeteilt sei und einer Umsetzung der Parkplätze bzw. des Überweges einer späteren Umgestaltung des Königsplatzes nicht entgegenstehe. Den Hinweis hinsichtlich der Schweizer Gasse nehme er auf.

beschlossen dafür 9 dagegen 3

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die drei PKW-Stellplätze vor dem Fastnachtmuseum in der Luitpoldstraße 4 werden zurückgebaut und der Fußweg in diesem Bereich erweitert.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Querungsmöglichkeiten im Bereich Luitpoldstraße 4 zu prüfen und das Ergebnis dem Verwaltungs- und Bauausschuss vor Umsetzung zur Entscheidung vorzulegen.

2. Verkehrsangelegenheiten

2.1. Verkehrsrechner Kitzingen Ertüchtigung von städtischen Lichtsignalanlagen im Zuges des Verkehrsrechners Kitzingen hier: Änderung der Signalisierung an der Lichtsignalanlage Kaltensondheimer Straße / Schützenstraße / Westtangente

Herr Volkamer geht auf den Sachverhalt ein.

Stadtrat Rank hält es im Grunde für sinnvoll, wenn eine Ampel wegfällt, jedoch gibt er zu bedenken, dass die Linksabbieger gegenüber der Tangente dann Vorrang genießen.

Herr Volkamer erklärt, dass das Verkehrsaufkommen im Winterleitenweg bzw. der Schützenstraßen relativ gering sei, so dass diese Regelung nicht nachteilig für die Tangente sei.

Stadtrat Schardt möchte wissen, wie man dann die Bergab fahrenden Radfahrer abbremsen möchte.

Verwaltungsrat Schwarz erklärt, dass dies analog im Bereich Heinrich & Schleyer geregelt und eine Schild „Vorfahrt achten“ aufgestellt werde.

beschlossen dafür 12 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss beschließt die im Sachvortrag genannten Veränderungen an der Lichtsignalanlage. Im Zuge der Ertüchtigung wird die bestehende Signalisierung des Winterleitenweges zurückgebaut.
Die Verwaltung wird beauftragt, die vorliegende Planung umsetzen.

3. Sonstiges

3.1. Information von Bauamtsleiter Graumann Baugenehmigungen im Jahr 2013

Bauamtsleiter Graumann verweist auf den Zwischenstand der Baugenehmigungen im Jahr 2013, der derzeit bei 123 liege und möglicherweise die Anzahl der Genehmigungen des Jahres 2012 übersteigen werde. Er wird die Liste den Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung stellen. Bei den 123 Bauanträgen, die 2013 bislang behandelt wurden, war nur eine Ablehnung einer Werbetafel dabei. Stadtrat Schmidt möchte wissen, welche Vorhaben den Verwaltungs- und Bauausschuss hätten vorgelegt werden müssen und verweist auf die Wertgrenze von Vorhaben ab 1 Mio. € laut Geschäftsordnung.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass diese Wertgrenze von der Verwaltung beachtet werde und offenbar kein Vorhaben mit einer solchen Summe zur Genehmigung vorlag.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 18.40 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Ernst Felbinger
Inspektor